



Ausgabe: März 2018

## Demokratie-Newsletter

### Allgemeines zum Thema «Demokratie»

- Süddeutsche Zeitung vom 30. Januar 2018, Seite 16 (Nachtrag)  
*Mit der Schere an die Demokratie – Parteien in den USA schneiden Wahlbezirke schamlos zum eigenen Vorteil. Kann Mathematik helfen?*
- Neue Zürcher Zeitung vom 3. März 2018, Seite 15  
*Mit dem Smartphone auf Unterschriftenfang – Das sogenannte E-Collecting könnte auch kleinen Gruppierungen zu grosser politischer Wirkung verhelfen.*
- NZZ am Sonntag vom 4. März 2018, Seite 13  
*Papier und Kugelschreiber schützen die direkte Demokratie – E-Voting, das Abstimmen übers Internet, schafft gewaltige Risiken, bietet aber kaum Vorteile. Man sollte es stoppen. Nichts schädigt die Demokratie stärker als Zweifel an der Legitimität ihrer Entscheide.*
- Tages-Anzeiger vom 5. März 2018, Seite 17  
*Die linke Wende – SP, Grüne und AL haben im Gemeinderat die absolute Mehrheit übernommen. Die FDP hat die SVP als stärkste bürgerliche Partei abgelöst, erstmals seit 2002.*
- Neue Zürcher Zeitung vom 7. März 2018, Seite 12  
*Aristoteles für Demokraten – Demokratie heisst dauernde Debatte. Und die braucht einen Ort: Öffentlichkeit. Aber was ist das? Und was braucht es, damit Öffentlichkeit ihre Funktion erfüllt?*
- Tages-Anzeiger vom 9. März 2018, Seite 7  
*Das blau-rote Wettrüsten – Mit ihrer neuen «FDP Urban» treten die Freisinnigen gegen die wachsende rot-grüne Dominanz in den Städten an. Sie entwickeln sich damit zum städtischen Hauptgegensepieler der SP – die mit ihrer «sozialdemokratischen Städtekonferenz» dagegenhält.*
- Berner Zeitung vom 20. März 2018, Seite 5  
*RGM verteidigt Wahlprivileg – Das städtische Wahlsystem begünstigt grosse Parteien und Listen. Eine Initiative, die ein neutrales Verfahren verlangt, hat einen schweren Stand: Rot-Grün-Mitte, Nutzniesserin des heutigen Systems, sieht keinen Anlass für einen Wechsel.*
- Der Bund vom 21. März 2018, Seite 17  
*Halbkanton oder «Berne D.C.» - Der Stadt-Land-Graben wird oft beklagt. Ginge es der Stadt Bern besser, wenn sie eigenständig wäre? Ein Juristen-Dreierteam hat zwei Szenarien durchgespielt – und kommt zu ernüchternden Ergebnissen.*



- Neue Zürcher Zeitung vom 26. März 2018, Seite 10  
*Meinungsumfragen als Politikum – Neue Mittel zur Belebung der Demokratie wecken nach dem Zweiten Weltkrieg Bedenken.*
- Tages-Anzeiger vom 27. März 2018, Seite 3  
*Die SVP verliert Wähleranteile, FDP und SP legen zu – Die SVP verzeichnet bei kantonalen Parlamentswahlen seit Oktober 2015 eine negative Bilanz. Politologen begründen dies mit der Themenkonjunktur. Profitieren können davon die FDP und die SP.*

### Initiativen, Referenden und Gesetzesänderungen

- Tages-Anzeiger vom 3. März 2018, Seite 6  
*Schützen halten an Referendum fest – Nach der Vernehmlassung kommt der Bundesrat den Kantonen bei der Umsetzung der EU-Waffenrichtlinie entgegen. Nicht zufrieden sind dagegen die Schützen.*
- Tages-Anzeiger vom 5. März 2018, Seite 2 und 3  
*Demütige Sieger – Die No-Billag-Initiative wurde deutlich abgelehnt. Trotzdem kündigt die SRG Reformen an, die über das bisherige Gehörte hinausgehen.*
- Tages-Anzeiger vom 5. März 2018, Seite 4  
*Brutale Abfuhr für libertäre Träume – 84 Prozent der Schweizer erteilen dem Bund für weitere 15 Jahre die Lizenz zum Steuereintreiben — markant mehr als bei der letzten Abstimmung. Wie ist die wachsende Zustimmung zum Steuervogt zu erklären?*
- Tages-Anzeiger vom 5. März 2018, Seite 5  
*Der Coup der Jungsozialisten - In den Kantonen Schwyz und Freiburg müssen die Parteien neu ihre Finanzen offenlegen.*
- Tages-Anzeiger vom 6. März 2018, Seite 5  
*SVP und FDP sind gegen mehr Transparenz – Auf kantonalen Ebene erhalten Forderungen nach Offenlegung der Parteifinanzierung immer mehr Rückhalt. Das beeindruckt die Gegner auf nationaler Ebene jedoch nicht.*
- Neue Zürcher Zeitung vom 8. März 2018, Seite 12  
*Angriff auf die «eigenen» Richter – Im Spannungsfeld zwischen Landesrecht und Völkerrecht schafft die Selbstbestimmungsinitiative der SVP mehr Rechtsunsicherheit als Klärung.*
- Tages-Anzeiger vom 10. März 2018, Seite 4  
*Parmelin setzt die Zukunft der ganzen Luftwaffe auf eine Karte – Das Volk soll gleichzeitig über Jets und Flab-Raketen abstimmen. «Eine Hochrisikostrategie», warnen Kritiker.*



- Tages-Anzeiger vom 14. März 2018, Seite 4  
*Die Angst des Eidgenossen vor Fremdbestimmung – Die Debatte um die Initiative gegen «fremde Richter» gibt einen Vorgeschmack auf den Abstimmungskampf: Die SVP beschwört vergangene Zeiten herauf und stellt die Selbstbestimmung ins Zentrum. Der Ständerat hat die Initiative klar abgelehnt.*
- Tages-Anzeiger vom 14. März 2018, Seite 5  
*Parmelin hat Angst davor, das Volk zu viel wissen zu lassen – Ein internes Papier zeigt, wie der Verteidigungsminister beim Kampfjetgeschäft Abstimmungstaktik betreibt.*
- Tages-Anzeiger vom 21. März 2018, Seite 4  
*Stimmvolk soll mächtige Tabaklobby stoppen – Eine Initiative will durchsetzen, was Tabakindustrie und Parlament bislang verhindern: Ein wirksames Verbot von Tabakwerbung, die Kinder und Jugendliche erreicht.*
- Neue Zürcher Zeitung vom 21. März 2018, Seite 27  
*Notration für Stimmbürger – Die Vollgeld-Initiative ist auch ein Test für die direkte Demokratie.*
- Tages-Anzeiger vom 23. März 2018, Seite 3  
*Jackpot-Demokratie – Die Abstimmung über das Geldspielgesetz vom Juni ist eine Premiere: Erstmals haben sich ausländische Firmen einen Urnengang in der Schweiz gekauft.*
- Tages-Anzeiger vom 24. März 2018, Seite 4  
*Der Eiertanz der SVP um Sion 2026 – Der Bundesrat will die Olympischen Winterspiele mit einer Milliarde Franken unterstützen. Im Parlament ist der Betrag umstritten. Eine Schlüsselrolle kommt der SVP zu. Doch durch die Partei geht ein Riss.*
- Tages-Anzeiger vom 26. März 2018, Seite 4  
*Initiative will Benzinautos ausbremsen – Klimaschützer wollen mit einer Volksinitiative sicherstellen, dass die Schweiz den Klimavertrag von Paris bis Ende 2050 umsetzt. Die Wirtschaft hält das Anliegen für «brandgefährlich».*
- Tages-Anzeiger vom 28. März 2018, Seite 5  
*«Rien ne va plus» wirds im Ja-Lager nicht geben – Die Befürworter des Geldspielgesetzes legen ihr Kampagnenbudget nicht offen. Ihr Komitee wird von der interkantonalen Lotteriegesellschaft Swisslos geführt: Sie spricht von einem «dynamischen» Budget ohne Maximalbetrag.*
- Neue Zürcher Zeitung vom 28. März 2018, Seite 14  
*Die Pflegeinitiative spaltet die Branche – Die Promotoren des Volksbegehrens sind mit dem Vorwurf des einseitigen Lobbyings konfrontiert.*
- Neue Zürcher Zeitung vom 29. März 2018, Seite 14  
*Vier Leute wollen ein Referendum gegen Sozialdedektive stemmen – Was linken Parteien und Gewerkschaften zu riskant und zu kurzfristig ist, versucht ein Mini-Komitee.*



- Weltwoche, Nr. 13.18, Seiten 32–33  
*Letzte Instanz – Will die Schweiz einen institutionellen Rahmenvertrag mit der EU abschliessen, wird sie um den ungeliebten Europäischen Gerichtshof (EuGH) nicht herumkommen. Wie ticken die mächtigen Luxemburger Richter?*

## Gerichtsurteile

- Schweizerisches Bundesgericht, Verfügung vom 12. Februar 2018, [1C\\_411/2017](#)  
Politische Rechte – Stimmrechtsbeschwerde, Stadthausareal. Beschwerde gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts des Kantons Zürich, 4. Abteilung, 4. Kammer, vom 14. Juni 2017 (VB.2017.00215). Abschreibung.
- Schweizerisches Bundesgericht, Urteil vom 28. Februar 2018, [1C\\_101/2018](#)  
Politische Rechte – Abstimmungsbeschwerde. Volksabstimmung vom 4. März 2018 betreffend die Volksinitiative Ja zur Abschaffung der Radio und Fernsehgebühren (Abschaffung der Billag-Gebühren). Nichteintreten.
- Kantonsgericht Basel-Landschaft, Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht, Entscheid vom 1. November 2017, [810 17 125](#)  
Politische Rechte – Wahl in die Sozialhilfebehörde, Aufsichtsrechtliche Massnahmen. Abweisung.
- Kantonsgericht Basel-Landschaft, Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht, Entscheid vom 26. April 2017, [810 15 344](#)  
Politische Rechte – Beschluss der Gemeindeversammlung C. vom 24. Juni 2015 betreffend Baurechtsvertrag Wohngenossenschaft D. Abweisung.
- Regierungsrat des Kantons Zug, Beschluss vom 25. Januar 2017, publiziert in: [ZG GVP 2017 S. 244 ff.](#)  
Art. 77 Abs. 1 BPR und Art. 82 Bst. c BGG – Nach Art. 77 Abs. 1 BRP kann bei der Kantonsregierung Beschwerde geführt werden wegen Verletzung des Stimmrechts (Stimmrechtsbeschwerde), wegen Unregelmässigkeiten bei Abstimmungen (Abstimmungsbeschwerde) und wegen Unregelmässigkeiten bei der Vorbereitung und Durchführung der Nationalratswahlen (Wahlbeschwerde) (Erw. 1). Die vorliegende Beschwerde richtet sich gegen interkantonale Zusammenschlüsse sämtlicher kantonaler Finanzdirektorinnen und -direktoren, Volkswirtschaftsdirektorinnen und -direktoren sowie der Kantonsregierungen und bezieht sich auf einen eidgenössischen Sachverhalt. Auf eine solche Beschwerde kann die Kantonsregierung nicht eintreten (Erw. 5). Verzicht auf Schriftenwechsel wegen offensichtlicher Unzuständigkeit der Kantonsregierung (Erw. 5).



- Departement Volkswirtschaft und Inneres, Entscheid vom 25. März 2015, 75709/31.3, publiziert in: [AGVE 2015, S. 473–477](#)  
Wahlen und Abstimmungen – Kommunale Urnenabstimmung. Die frühzeitige Zustellung des Stimmmaterials eröffnet die Möglichkeit, allfällige Fehler, welche beim Versand durch die Gemeinde auftreten können, zu korrigieren. Eine Volksabstimmung wird von der Beschwerdeinstanz nur dann aufgehoben, wenn die Verletzung der Wahl- und Abstimmungsfreiheit von entscheidendem Einfluss auf das Ergebnis gewesen ist oder hätte sein können.
- Regierungsrat des Kantons Aargau, Entscheid vom 24. Juni 2016, RRB Nr. 2015-000679, publiziert in: [AGVE 2015, S. 477–479](#)  
Wahlen und Abstimmungen – Eidgenössische Volksabstimmung; Nachzählung (§§ 63 und 64 GPR). Eine Nachzählung des Abstimmungsergebnisses auf Kantonsebene ist möglich, wenn aufgrund stichhaltiger Gründe der Verdacht besteht, dass das Ergebnis unrichtig ermittelt worden sein könnte. Abweisung.
- Verwaltungsgericht des Kantons Aargau, Entscheid vom 29. Februar 2016, WBE.2016.48, publiziert in: [AGVE 2016 S. 243–246](#)  
Wahlen und Abstimmungen – Gemeindebeschwerde. Sachbezogenheit eines Antrags zu einer Budgetposition an der Gemeindeversammlung. Abweisung.
- Departement Volkswirtschaft und Inneres des Kantons Aargau, Entscheid vom 26. Mai 2016, 76169/25.1, publiziert in: [AGVE 2016 S. 437–441](#)  
Gemeinderecht – Einwohnerrat. Ton- und Bildaufnahmen durch die Medienvertreter sind an den Sitzungen des Einwohnerrats grundsätzlich zulässig.
- Departement Volkswirtschaft und Inneres des Kantons Aargau, Entscheid vom 7. April 2016, 76194/23.3, publiziert in: [AGVE 2016 S. 441–446](#)  
Gemeinderecht – Gemeindeversammlung. Rückkommensanträge an Gemeindeversammlungen sind nach aargauischem Recht generell, also ohne besondere Voraussetzungen, zulässig.
- Departement Volkswirtschaft und Inneres des Kantons Aargau, Entscheid vom 4. Oktober 2016, 76560/31.3, publiziert in: [AGVE 2016 S. 451 f.](#)  
Wahlen und Abstimmungen – Konsultativabstimmung an der Urne. Kommunale Konsultativabstimmungen sind nur an Gemeindeversammlungen und im Einwohnerrat zulässig, nicht hingegen an der Urne.
- Bezirksrat Hinwil, Entscheid vom 14. März 2018  
Politische Rechte – Rekus gegen den Stadtratsbeschluss vom 20. Dezember 2017, mit welchem der Stadtrat Wetzikon sich neu konstituiert hat. Der Bezirksrat Hinwil erachtet die Neukonstituierung als sachlich begründet und die Einsetzung eines neuen Ressortvorstandes für das Ressort Energie als geeignete Massnahme, den ordnungsgemässen Betrieb der Stadtwerke und die konstruktive Zusammenarbeit der Behörden, des Ressortvorstehenden und der Geschäftsleitung der Stadtwerke wiederherzustellen. Abweisung.



- Schweizerisches Bundesgericht, Urteil vom 5. März 2018, [1C\\_632/2017](#)  
Politische Rechte (Abstimmungsfreiheit) – Kantonale Volksabstimmung vom 26. November 2017 betreffend Bewilligung eines Objektkredites für die Modernisierung des zivilen Flugzeugplatzes Buochs. Beschwerde gegen den Entscheid des Obergerichts des Kantons Nidwalden, Verfassungsgericht, vom 13. November 2017 (VG 17 1). Abweisung.
- Schweizerisches Bundesgericht, Urteil vom 6. März 2018, [1C\\_95/2018](#)  
Politische Rechte – Beschwerdeverfahren betreffend Ausübung des Stimmrechts und Durchführung der Gemeindeversammlung. Beschwerde gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts des Kantons Aargau, 2. Kammer, vom 24. Januar 2018 (WBE.2017.419). Nichteintreten.
- Schweizerisches Bundesgericht, Urteil vom 9. März 2018, [1C\\_651/2017](#)  
Diritti politici – Votazione cantonale del 12 febbraio 2017 concernente la modifica costituzionale «Per una maggiore protezione giuridica degli animali». Ricorso del 27 novembre 2017 contro la decisione del Gran Consiglio della Repubblica e Cantone Ticino del 16 ottobre 2017. Inammissibilità.
- Verwaltungsgericht des Kantons Zürich, Urteil vom 7. März 2018, [VB.2017.00846](#)  
Stimmrechtsrekurs/Gemeindebeschwerde – Die Beschwerdeführer gelangten am 30. November 2017 und am 6. Dezember 2017 je mit Stimmrechtsrekurs und Gemeindebeschwerde gegen die Abstimmung der Stimmberechtigten der Stadt Dübendorf vom 26. November 2017 über das Geschäfts «Flugplatzradar Nord: Teilrevision Nutzungsplanung und Teilrevision kommunaler Richtplan» an den Bezirksrat. Das Vorgehen der Vorinstanz, auf die Gemeindebeschwerde vom 30. November 2017 mit der Begründung nicht einzutreten, diese sei verführt erhoben worden, erscheint überspitzt formalistisch; aus dem (kostenlosen) Nichteintreten erwuchs den Beschwerdeführern jedoch kein Rechtsnachteil, weshalb auf ihre Beschwerde auch in diesem Punkt nicht einzutreten ist. Abweisung.
- Verwaltungsgericht des Kantons Zürich, Urteil vom 7. März 2018, [VB.2017.00580](#)  
Gemeindebeschwerde – Die Beschwerdeführenden wenden sich gegen den Beschluss der Stimmberechtigten des Zweckverbands Spital Uster über die Genehmigung einer Ausgabe von Fr. 349 Mio. für den Umbau bzw. die bauliche Erweiterung des Spitals. Abweisung.
- Verwaltungsgericht des Kantons Zürich, Urteil vom 7. März 2018, [VB.2017.00547](#)  
Stimmrechtsrekurs – Angefochten ist der Beschluss einer kommunaler Exekutive, ein behördliches Referendumskomitee im Hinblick auf die durch ein Gemeindereferendum ausgelöste Abstimmung vom 24. September 2017 betreffend Änderung des Gesetzes über die Jugendheime und die Pflegekinderfürsorge mit einem Beitrag von Fr. 4'500.— zu unterstützen. Der Beschwerdeführer ist der Auffassung, es handle sich um eine unzulässige Intervention einer Gemeinde in einem kantonalen Abstimmungskampf. Abweisung.
- Schweizerisches Bundesstrafgericht, Urteil vom 3. April 2017, [SK.2016.56](#)  
Wahlfälschung (Art. 282 Ziff. 1 Abs. 2 StGB) – Verurteilung wegen Wahlfälschung.



- Ombudsstelle der SRG Deutschschweiz, Schlussbericht vom 6. Januar 2018, [5294](#)  
Beanstandung gegen die Sendung «Arena» (Fernsehen SRF) vom 5. Januar 2018 zum Thema «No Billag – Jetzt redet das Volk!».
- Ombudsstelle der SRG Deutschschweiz, Schlussbericht vom 5. Januar 2018, [5290](#), [5291](#)  
Beanstandung gegen die Sendung «Arena» (Fernsehen SRF) vom 5. Januar 2018 zum Thema «No Billag – Jetzt redet das Volk!».
- Ombudsstelle der SRG Deutschschweiz, Schlussbericht vom 23. Januar 2018, [5297](#)  
Beanstandung gegen den Artikel «No-Billag-Initiative: Dieser Plan B kostet ein Mehrfaches» auf SRF News (online).

### Amtliche Informationen

- Medienmitteilung der Bundeskanzlei vom 1. März 2018  
**Die Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Kein Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz» ist zustande gekommen**  
Die am 18. Januar 2018 eingereichte eidgenössische Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz» ist formell zustande gekommen. Die Prüfung der Unterschriftenlisten durch die Bundeskanzlei hat ergeben, dass von insgesamt 114'322 eingereichten Unterschriften 113'979 gültig sind. ([Link](#))
- Medienmitteilung vom Bundesrat vom 9. März 2018  
**Bundesrat lehnt «Pflegeinitiative» ab**  
Der Bundesrat hat sich an seiner Sitzung vom 9. März 2018 für die Ablehnung der Volksinitiative «Für eine starke Pflege (Pflegeinitiative)» ausgesprochen. Er hat das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) in Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) und den relevanten Akteuren beauftragt, konkrete Massnahmen zur Verbesserung der Situation der Pflegefachpersonen zu prüfen und auszuarbeiten.
- Medienmitteilung des Bundesrates vom 9. März 2018  
**Air2030: Bundesrat will Volksabstimmung ermöglichen**  
Der Bundesrat will der Schweizer Stimmbevölkerung die Möglichkeit geben, über die Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen und eines neuen bodengestützten Systems zur Luftverteidigung abzustimmen. In seiner Sitzung vom 9. März 2018 hat er beschlossen, das Programm Air2030 in Form eines Planungsbeschlusses dem Parlament vorzulegen. Ein solcher Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum. ([Link](#))



- Medienmitteilung des Bundesrates vom 12. März 2018  
**Geldspielmarkt modernisieren, aber weiterhin kontrollieren: Ja zum Geldspielgesetz**  
Geldspiele sind eine beliebte Art der Unterhaltung. Sie bergen aber auch Gefahren wie Manipulation, Betrug oder Spielsucht. Deshalb ist es wichtig, dass die Schweiz den Markt für Geldspiele auch im Internetzeitalter weiterhin reguliert und kontrolliert. Das neue Geldspielgesetz stellt das sicher. Es schützt die Konsumentinnen und Konsumenten vor unbewilligten und unkontrollierten Angeboten und sorgt dafür, dass die Anbieter ihren Gewinn nicht selber behalten, sondern Abgaben zahlen für AHV/IV, Sport, Kultur und Soziales. Der Bundesrat, das Parlament und die Kantone empfehlen deshalb in der Abstimmung am 10. Juni 2018 ein Ja zum Geldspielgesetz. ([Link](#))
- Medienmitteilung des Bundesgerichts vom 19. März 2018  
**Geschäftsberichte der eidgenössischen Gerichte 2017**  
Das Bundesgericht, das Bundesstrafgericht, das Bundesverwaltungsgericht und das Bundespatentgericht haben am Montag, 19. März 2018, an einer gemeinsamen Medienkonferenz ihre Geschäftsberichte für das Jahr 2017 vorgestellt. ([Link zur Medienmitteilung/Link zum Geschäftsbericht des Bundesgerichts](#))
- Medienmitteilung des Bundesrates vom 21. März 2018  
**Bundesrat verabschiedet Botschaft zur Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen»**  
Der Bundesrat hat am 21. März 2018 die Botschaft zur Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» verabschiedet. Er beantragt den eidgenössischen Räten, die Initiative Volk und Ständen zur Ablehnung zu empfehlen. Gleichzeitig unterbreitet er dem Parlament einen Bundesbeschluss über einen Rahmenkredit im Umfang von 250 Millionen Franken zur Aufstockung des Fonds de Roulement zugunsten des gemeinnützigen Wohnungsbaus. Damit soll der gemeinnützige Wohnungsbau seinen aktuellen Marktanteil von vier bis fünf Prozent längerfristig halten können. ([Link](#))

### Neue Volksinitiativen im Sammelstadium

- Eidgenössische Volksinitiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung (Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung)»  
(Sammelbeginn: 20. März 2018, [Link](#))

### Europäische und internationale Nachrichten zur Demokratie und den pol. Rechten

- NZZ am Sonntag vom 4. März 2018, Seite 3  
*Wie Amerika Wahlen manipuliert - Gross ist die Empörung in den USA über die russischen Interventionen in den US-Wahlen von 2016. Die wahren Profis dieses Metiers sind jedoch die Amerikaner selbst.*





- Tages-Anzeiger vom 5. März 2018, Seite 7  
*Im Zweifelsfall regieren - Die SPD machts noch mal: Ihre Mitglieder stimmen für die Grosse Koalition und vermeiden dadurch einen historischen Bruch. Für einen Wiederaufschwung braucht es aber mehr.*
- Der Standard vom 6. März 2018  
*Rätselhafte Kärntner Wahlmathematik – Mehr Stimmen bringen mehr Mandate, noch mehr Stimmen bringen weniger Mandate? Über die Absurditäten bei der Landtagswahl in Kärnten und wie man sie in Zukunft vermeiden könnte.*
- Tages-Anzeiger vom 6. März 2018, Seite 7  
*Das gespaltene Land – Wer künftig Italien regieren kann, muss sich erst noch herausstellen. Sieger und Verlierer aber stehen fest. Die Republik steht vor einem gewaltigen Umbruch.*
- Tages-Anzeiger vom 15. März 2018, Seite 8  
*Zum Anfang eine Art Abschied – Vor den Augen ihrer Mutter und ihres Mannes ist Angela Merkel vom Deutschen Bundestag zum vierten und vermutlich letzten Mal zur Bundeskanzlerin gewählt worden.*
- Tages-Anzeiger vom 20. März 2018, Seite 8  
*Eine fast sowjetische Normalität – Namenslisten, Beweisfotos und Schläge ins Gesicht: Ein Tag mit Wahlbeobachtern in Südrussland zeigt, auf welche zweifelhafte Weise der Sieg Vladimir Putins zustande gekommen ist.*
- Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. März 2018, Seite 58  
*Wahlkreisreform landet vor Verfassungsgericht – SPD klagt gegen von Schwarz-Grün beschlossenes Gesetz / „Rechtmäßigkeit der Landtagswahl akut gefährdet“*
- Tages-Anzeiger vom 29. März 2018, Seite 8  
*Italiens Flirt mit dem Monster – Eine Regierung nur aus Populisten? In Rom turteln Lega und Cinque Stelle. Es gibt viele Affinitäten – und ein grosses Hindernis.*

## Ausländische Gerichtsurteile

- Verwaltungsgericht Lüneburg, Urteil vom 26. Oktober 2017, [5 A 400/16](#)  
Wahlprüfung – Entscheidung über die Gültigkeit der Kommunalwahl in Bad Beversen. Klage des Bündnis 90/Die Grünen, Kreisverband Uelzen, gegen den Rat der Stadt Bad Beversen. Auszug aus dem Tenor: Der Beklagte wird unter Aufhebung der Wahlprüfungsentscheidung vom 1. Dezember 2016 verpflichtet, seine Wahl vom 11. September 2016 für ungültig zu erklären.
- Landgericht Köln, Urteil vom 14. März 2018, [28 O 0362 / 17](#)  
Meinungs- und Kunstfreiheit – Klage: Björn Höcke (AfD) gegen das Zentrum für Politische Schönheit (ZPS) betreffend Holocaust-Mahnmal im Nachbargarten des Verfügungsklägers.



- Bundesverfassungsgericht, Beschluss vom 24. März 2018, [1 BvQ 18/18](#)  
Meinungsfreiheit/Versammlungsfreiheit/Chancengleichheit (Durchführung einer Wahlkampfveranstaltung) – Der Stadt Wetzlar wird aufgegeben, der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung vom 20. Dezember 2017 (Az. 8 L 9187/17.GI), Folge zu leisten und dem Antragsteller die Stadthalle Wetzlar am 24. März 2018 für die Durchführung einer Wahlkampfveranstaltung zu überlassen.

### Neuerscheinungen

- AUER ANDREAS, From Brexit to Breverse?, Von der Notwendigkeit einer zweiten Abstimmung über den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union, in: ZBI 119/2018, S. 105–106
- BIAGGINI GIOVANNI, Bundesgericht, I. öffentlich-rechtliche Abteilung, 19. Oktober 2017, 1C\_26/2017, Urteilsbesprechung (Politische Rechte – Verfahren; Zürich; Referendum gegen ablehnende Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates [sog. Negatives Referendum]; Ausschluss des Fristenstillstands bei Beschwerden in Stimmrechtssachen, in: ZBI 119/2018, S. 133–143
- FASSBENDER BARDO/GÜBELI RAFFAEL, Die gegenwärtig gültigen völkerrechtlichen Verträge der Kantone, in: ZBI 119/2018, S. 107–124
- GRODECKI STÉPHANE, Contrôle abstrait et qualité pour recourir d'un canton devant le Tribunal fédéral, in: AJP 2018, S. 181–186
- LIENHARD ANDREAS, Oberaufsicht über die Gerichte, Eigenheit, Verbindungslinien und Abgrenzungen, in: «Justice – Justiz – Giustizia» 2018/1
- MARUSIC MARKO, Direkte Demokratie und Völkerrecht – ein problematisches Verhältnis?, in: Magister, Editions Weblaw, Bern 2018
- MOECKLI DANIEL, Internationale Gerichte, Garanten der Stabilität oder undemokratische politische Akteure?, in: ZBI 119/2018, S. 74–82
- STEINMANN GEROLD, Bundesgericht, I. öffentlich-rechtliche Abteilung, 5. Oktober 2016, 1C\_665/2015, Urteilsbesprechung (Politische Rechte; Schwyz; Initiativrecht; Einheit der Form; Teilungültigkeit; Lehrplan 21), in: ZBI 119/2018, S. 124–133



## Dokumentation

- Sammlung der Demokratie-Newsletter: [Lehrstuhl Prof. Dr. A. Kley](#)
- Vollständige Artikelsammlung: [Zentralbibliothek Zürich](#)
- Vollständige Urteils- bzw. Entscheidungssammlung (Schweiz):
  - [Schweizerisches Bundesgericht](#)
  - [Bundesstrafgericht](#)
  - [Verwaltungsgericht des Kantons Zürich](#)
  - [Regierungsrat und Verwaltungsgericht des Kantons Zug](#)
  - [Kantonsgericht des Kantons Basel-Landschaft](#)
  - [Regierungsrat und Verwaltungsgericht des Kantons Aargau](#)
  - [Ombudsstelle der SRG Deutsschweiz](#)
- Vollständige Urteilssammlung (Deutschland):
  - [Bundesverfassungsgericht](#)
  - [Landgericht Köln](#)
  - [Verwaltungsgericht Lüneburg](#)

## Kontakt

Luka Markić, Rechtswissenschaftliches Institut, Universität Zürich

Tel. +41 44 634 41 77

E-Mail: [luka.markic@rwi.uzh.ch](mailto:luka.markic@rwi.uzh.ch)

[www.rwi.uzh.ch/kley](http://www.rwi.uzh.ch/kley)